

nen, immer rücksichtsloser, immer negativer, immer heftiger. Wie groß die Vergehen von Politikern waren, die in diese Hölle gerieten, spielte wie zum Beispiel beim Fall Theodor zu Guttenberg oder Annette Schavan dann schon keine Rolle mehr, die Aufregung und Empörung hatte immer nur ein Maß: Maximum. Und natürlich genossen es die Leserinnen und Zuschauer eine Weile auch, sonst hätten die Medien sich gewiss irgendwann wieder eingekriegt.

Dies alles fand seinen Höhe- und Wendepunkt in der Affäre Wulff, die bekanntlich mit dem Rücktritt des Präsidenten am 17. Februar 2012 endete. Ein angeblich nicht ordentlich bezahltes Bobby-Car, eine Nichtigkeit also, wie sie nichtiger nicht sein kann, wurde zum Menetekel einer nie da gewesenen Medienraserei. Das war der Moment, in dem Politikverdrossenheit endgültig in Medienverdrossenheit umschlug, wir Journalisten gerieten unter Generalverdacht. Diese Kritik mag ihrerseits etwas ungerecht gewesen sein, weil Christian Wulff sich gemessen an seinem Amt tatsächlich zu schnorrerisch verhalten hatte und weil die Sache mit dem Bobby-Car nicht die seriösen Medien verbrochen haben, sondern die Bild-Zeitung, aber was hilft's? Was die Leute im Kopf be-

hielten, war: Immer wenn die Medien unisono auftreten, dann sind sie auf der Jagd, dann sind sie im Fieber, dann sind sie mutmaßlich im Unrecht, dann müssen wir als Staatsbürger und Zeitungsleser uns gegen sie wehren.

Apropos Wahrheit – lassen sich deutsche Journalisten von Washington steuern?

Dieses neue Bild vom Journalismus des Jahres 2012 sollte sich zwei Jahre später bitter rächen. Als Wladimir Putin sich entschloss, die Krim zu annektieren und in der Ostukraine einen schmutzigen Krieg zu befeuern, reagierten die deutschen Medien mit einhelliger Kritik an diesem Vorgehen, auch die Berichterstattung ließ diese Grundhaltung erkennen. Fehler, die dabei gemacht wurden, bezogen viele Leser, User und Zuschauer nicht etwa auf Putins Hütchenspielen mit der Wirklichkeit (Soldaten ohne Hoheitszeichen, Laster ohne Nummernschild, gefälschte Satellitenbilder etc.), vielmehr

glaubten sie darin wieder das bekannte Medien-Muster zu erkennen: alle gegen einen (nun also Putin statt Wulff), koste es, was es wolle.

Im Großen und Ganzen lagen sie mit dieser Einschätzung falsch. Die weitreichende Einigkeit unter den berichtenden und kommentierenden Kolleginnen und Kollegen hatte einen schlichten, aber offenbar in der Bevölkerung unglaublich gewordenen Grund: Sie entsprach einfach ihrer politischen und moralischen Haltung. Jahrelang haben sie die Politik des Wladimir Putin beobachtet, hatten seine Wende von der Reform zur Repression analysiert und kritisierten darum nun seine aggressive Wendung in der Außenpolitik.

Diese Haltung konnten die Journalisten wegen der in den Jahren zuvor entstandenen Muster von Anfang an nur schwer vermitteln. Es kam aber noch etwas hinzu, was man an einer Ausgabe der Satire-Sendung »Die Anstalt« zeigen kann. Sie nahm sich einige wichtige außenpolitische Journalisten vor. Auf einer Schautafel wurden tatsächliche und angebliche Verbindungen dieser Kollegen mit amerikanischen Thinktanks dargestellt, die Botschaft war unmissverständlich: Die relative Einheitlichkeit der Ukraine-Berichterstattung sei allzu leicht zu erklären, sie rühre nämlich daher, dass die Journalisten

von der US-Regierung, von der NATO und sonst wie von der Politik gesteuert seien.

Das alles war überspitzt und teilweise sachlich falsch, aber wiederum, was hilft's: Die im Internet rasend populär gewordene Sendung hatte erfolgreich ein Muster bedient. Und, schlimmer noch: Sie hatte auch ein bisschen recht.

Tatsächlich gibt es zahlreiche transatlantische Organisationen wie die Atlantik-Brücke, die Bilderberg-Konferenz und viele andere, in denen Politiker, Militärs, Mitarbeiter amerikanischer Thinktanks und eben Journalisten zusammenkommen. Diese Veranstaltungen, von denen nicht berichtet werden darf, haben einen bestimmten Zweck – in der Regel: offiziell die Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit. De facto sind sie auch ein Transmissionsriemen für die amerikanische Denkart in der Außenpolitik, für die je angesagte Politik Washingtons. In diesen Netzwerken wurde in den Jahren der Mittelost-Kriege eine Politik vordiskutiert und rationalisiert, die aus heutiger Sicht als stellenweise durchgeknallt bezeichnet werden muss.

Wenn man den Erzählungen der Journalisten, die in solche Institutionen eingebunden sind, glauben schenken darf (was ich tue), dann sollte man sich

1 diese Veranstaltungen nicht so vorstellen, dass dort
1 amerikanische Agenten Parolen ausgeben, die von
deutschen Journalisten hernach unverzüglich und
unverfälscht in die Zeitungen gebracht werden. Es
wird dort sogar kontrovers diskutiert. Allerdings
entsteht dabei eine eng umgrenzte Zone des Denk-
baren und des Abwegigen, es werden Logiken und
Sichtweisen geteilt, über die man sich so einig ist,
dass sie gar nicht als Sichtweisen erscheinen, son-
dern als schiere Selbstverständlichkeit.

2 Durch dieses journalistische Eingebettetsein hat
die außenpolitische Debatte hierzulande zuweilen
einen merkwürdigen amerikanischen Akzent, oft
gewinnt man beim Lesen den Eindruck, als würde
einem in Leitartikeln etwas beigegeben, als gäbe es
Argumente hinter den Argumenten, fast glaubt
man, eine Souffleur-Stimme zu hören. Das spüren
auch jene, die von der Atlantik-Brücke gar nichts
wissen, und das macht sie misstrauisch. Insofern
sind auch die Journalisten in der Bringschuld, wenn
es um einen neuen realistischen und ehrlichen Dis-
kurs in der Außenpolitik geht und darum, Leser-
Vertrauen zurückzugewinnen: Sie müssen sich aus
diesen Institutionen verabschieden.

Und in all das hinein soll nun die Politik ihre ehrli-
che, ungeschönte Weltbestandsaufnahme geben?
Die sähe doch, knapp gefasst, so aus: Wir befinden
uns in einer großen kulturellen Regression, die im-
mer intoleranter wird, die mehr Nationalismus und
Aggressivität gebiert, man hat das Gefühl, dass die
Autoritären in Moskau, Ankara und Peking noch
autoritärer werden, die Fundamentalisten noch
fundamentalistischer, die Terroristen noch brutaler.
China ist ein ungeheuer starker Konkurrent, woran
zu denken wir uns gewöhnt haben; heute aber müs-
sen wir erkennen, dass auch er politisch labil ist,
keiner weiß, wie lange das Einparteiensystem noch
hält. Doch sind all das Veränderungen und Beunru-
higungen der äußeren Welt. Viel wichtiger ist, dass
zurzeit Identitäten verändert und Fundamente ver-
schoben werden, es geschehen Dinge, die tief in die
Seele der Europäer reichen. Und der Deutschen.